Schätzungsweise zwischen sieben und elf Millionen Menschen wurden während des Zweiten Weltkriegs zur Arbeit für das Deutscher Reich gezwungen – auch in Mittelhessen. Die Foto-Dokumentenlage dazu ist dünn – deshalb ein Archivbild aus einer Ausstellung in Berlin. FOTOS: DPA/ARCHIV

Vor dem Vergessen bewahren

Am 22. Juni 1941 jährt sich zum 80. Mal der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Von dort wie aus anderen besetzten Ländern wurden Millionen Menschen zur Zwangsarbeit gezwungen. In Unternehmen, aber auch in der Landwirtschaft. Auch in Mittelhessen. Der Wettenberger Dieter Bender arbeitet an einer Dokumentation dazu.

VON RÜDIGER SOSSDORF

Ob bei Schunk in Heuchelheim, in dem einstigen Krofdorfer Betrieb Dönges, bei Buderus in Lollar, Poppe in Gießen oder Hensold in Wetzlar – an vielen Orten wurden während des Zweiten Weltkriegs Männer und Frauen aus besetzten Ländern zur Arbeit gezwungen: Franzosen, Italiener, Belgier, Niederländer, Litauer, Polen, Ukrainer, Russen… Zwangsarbeit gehörte zum Wirtschaftssystem im Dritten Reich. Ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte, das nach Einschätzung von Dieter Bender längst noch nicht vollumfänglich aufgearbeitet ist. Seit rund zehn Jahren befasst sich der Krofdorfer mit der Zwangsarbeiter-Thematik in der Region.

Mit der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Dritten Reich fehlten in der Industrie und der Landwirtschaft schon ab 1938 Arbeitskräfte. Später wurden Millionen Menschen zum Militärdienst eingezogen. Auch sie fehlten in der Industrie, dem Handwerk, in der Landwirtschaft und in den Haushalten. Sie wurden durch Kriegsgefangene und weitere verschleppte Menschen ersetzt.

»Heute, 80 Jahre später, erinnert an den Orten der Zwangsarbeit im Kreis Gießen nichts mehr an die Schicksale der hier eingesetzten Zwangsarbeiter«, beklagt der antifaschistische Lokalhistoriker Bender gemeinsam mit Reinhard Hamel (Die Linke). Ihr Ziel: Diese Schicksale vor dem Vergessen zu bewahren. Die Quellen- und Aktenlage bietet keinen leichten Zugang, und immer weniger Zeitzeugen leben. Auch Heimatbücher und Ortschroniken widmen diesem Komplex nur selten ein paar Zeilen.

Bender hat etliche der Menschen ausfindig gemacht und trägt zusammen, was über ihr Leben, Leiden und nicht selten auch Sterben noch zu ermitteln ist. Er nennt Beispiele: Die Französin Germaine Durocher wurde in Hadamar ermordet, weil sie sich im Poppe-Lager mit Tuberkulose angesteckt hatte. Der Italiener Carlo Rota wurde in Lollar wegen angeblichen Kartoffeldiebstahls erschossen. Der Belgier Charles Raes starb im Buderus-Lager an Lungenentzündung, der Niederländer Johannes van Esch im Buderus-Lager mit 21 Jahren an Typhus und »Kreislaufschwäche«. Der Franzose Paul Monsenergue wurde in Großen-Linden »auf der Flucht erschossen«. Der Franzose Eugene Lebrun stürzte in einer Scheune in Krofdorf ab und starb. Die sowjetische Schunk-Zwangsarbeiterin Sonja Morewa wurde in Hadamar umgebracht. Die sowjetische Zwangsarbeiterin Liubow Prabda beging in Mainzlar angeblich Selbstmord.

Ab Herbst will Bender die Ergebnisse seiner Forschungen und Spurensuchen in einer Reihe von Veranstaltungen vorstellen. Bei der Gießener Linken hat er offene Türen gefunden. Deren Kreistagsfraktion will das Thema, so kündigt es Reinhard Hamel bei der Vorstellung von Benders Projekt an, in die Gremienarbeit des Gießener Kreistages hineintragen. Denn diese Erinnerungsarbeit, so Hamel, sei auch Teil denkmalpflegerischer Arbeit. Die Gießener Linke nimmt den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion laut Hamel zum Anlass, angemessene Formen des ehrenden Gedenkens an die Opfer in den Kommunen und Betrieben zu fordern. Hamel: »Das Schweigen muss ein Ende haben!«. Beispielhaft benennt er eine bis heute existierende Zwangsarbeiterbaracke in Freienseen sowie zwei nahegelegene stillgelegte Eisenbahntunnel, in denen die Menschen für Rüstungsbetriebe arbeiten mussten.

„Heute, 80 Jahre später, erinnert an den Orten der Zwangsarbeit im Kreis Gießen nichts mehr an die Schicksale der hier eingesetzten Arbeiter.

Dieter Bender

Bender und den Linken schwebt u.a. die Sicherung des Kulturdenkmals Galgenbergtunnel vor und eine Hinweistafel am dort verlaufenem Radweg. Die Erinnerung an alle Todesopfer der Zwangsarbeit müsse an die Einsatzstellen zurückgeholt werden. Es bedürfe einer Gesamtaufarbeitung der Zwangsarbeit (auch) für die heimische Region. Zwangsarbeit während der Kriegsjahre in den Städten und Dörfern in Mittelhessen ist immer wieder als Thema aufgegriffen worden. In den 1990er Jahren etwa, als die Zukunft jener Baracke in Freienseen diskutiert wurde, die Zwangsarbeitern als Unterkunft diente.

Im Jahr 2001 waren auf Einladung der Initiative »Kirche unterwegs« in Hessen und Nassau ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf Spurensuche in Krofdorf, in Linden, Langgöns und in Lahnau.

Sie kehrten seinerzeit noch einmal in das Land zurück, in das sie als junge Menschen verschleppt worden waren, um zur Arbeit gezwungen zu werden. Sozialpfarrer Christoph Geist sprach damals von einer »langen Reise in die Vergangenheit«, die schwierig war. In Krofdorf, wo mehr als 150 Menschen arbeiten mussten, waren die Ansprechpartner seinerzeit das DGB-Ortskartell, der Heimat- und Geschichtsverein sowie die Kirchengemeinden und die Freireligiöse Gemeinde.

Dieter Bender war 2012 Mitinitiator der Initiative Stolpersteine in Wettenberg, trug zu den Recherchen bei und hat zu »Widerstand und Verfolgung im Faschismus in den drei Gemeinden Wettenbergs« veröffentlicht.

Rot-Grün in Wettenberg

Koalitionsvertrag ist abgesegnet

Wettenberg (so). Jetzt ist es amtlich: Rot-Grün will und kann in Wettenberg gemeinsam Politik machen. Am Donnerstagabend haben die Sozialdemokraten in einer Mitgliederversammlung den Koalitionsvertrag einstimmig (bei einer Enthaltung) gutgeheißen. Die Grünen haben dies in einer Mitgliederversammlung schon vor drei Wochen vollzogen – ebenfalls einstimmig. Die großen Stichworte sind: Mehr Bürgerbeteiligung, bezahlbarer Wohnraum, Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur und der Wettenberger Wald. Hinzu kommt ein Sofortprogramm für Dinge, die nach Möglichkeit noch in diesem Jahr erledigt werden sollen.

»Da steht nichts drin, was wir nicht auch leisten können«, unterstreicht der SPD–Fraktionsvorsitzende Ulrich Ellinghaus. Und: »Wir werden uns daran messen lassen, wo wir in fünf Jahren stehen«.

Stichwort Bürgerbeteiligung: Es soll regelmäßig Bürgerversammlungen geben. Auch nach anderen Beteiligungsformen wird geschaut: So etwa Bürgerfragestunden vor Ausschusssitzungen, der Ausbau des Online-Mängelmelders zu einem Informationsmedium und ein Jugendparlament.

Beim Wohnraum ist verabredet, bezahlbare Wohnungen zu schaffen zum Mietpreis bis 7,50 Euro/Quadratmeter. Bei Bauland geht Innenentwicklung vor Flächen im Außenbereich. Zudem soll kommunales Bauland nur noch in Erbpacht vergeben werden.

Bei den Radwegen wurde ein ganzes Bündel von Verbesserungen definiert; zuvörderst der Radweg nach Gießen mit anderer Querung der A 480 am Umspannwerk. Insgesamt sollen gemäß ADFC-Empfehlung jedes Jahr rund 300 000 Euro in Radwege-Infrastruktur fließen. Auch das Bussi soll fortgeführt werden, möglichst elektrifiziert.

Beide Partner betonen das gute Klima, in dem das Papier erarbeitet wurde und zeigen sich zufrieden mit dem verabredeten Weg. Übrigens ein Novum in Wettenberg: Regierte früher die SPD allein, so gab es in den vergangenen fünf Jahren eine Kooperation mit den Grünen. Nun, nachdem sich bei der Kommunalwahl die Gewichte verschoben haben, also eine neue Qualität des Miteinanders. Bürger, die den gesamten Vertrag lesen wollen, können diesen bei SPD und Grünen über deren Web-Seiten per E-Mail anfordern.

Volgmann: »Immer für Gesamt-Wettenberg«

SPD nominiert ihren Bürgermeisterkandidaten für die Wahl am 26. September

Wettenberg (so). Mit 100-prozentiger Zustimmung haben die Wettenberger Sozialdemokraten in einer Mitgliederversammlung Ralf Volgmann zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 26. September gewählt. Der 57-Jährige soll im Februar 2022 die Nachfolge von Thomas Brunner (SPD) antreten, der nach zwölf Jahren nicht mehr kandidiert und stattdessen im Frühling 2022 in die Geschäftführung de Zweckverbands Mittelhessische Wasserwerke wechselt.

»Gemeinsam für Wettenberg – gemeinsam sind wir stark«. Unter diesen Slogan hat Volgmann seine Bewerbung gestellt und will dies auch als Auftrag im Falle seiner Wahl mitnehmen.

»Gemeinsam heißt für mich immer: für Gesamt-Wettenberg«, erläutert der Wahl-Gleiberger. Keineswegs wolle er sich als Kandidat eines Dorfes profilieren, sagte er mit einem Blick Richtung Mitbewerber. Wettenberg gehe es gut – jedes der drei Dörfer sei gut ausgestattet mit Kindertagesstätten, Grundschule, Vereinen.

Die Rolle des Bürgermeisters, so kündigte er vor seinen Parteifreunden an, sehe er als die eines Moderators. Ihm gehe es darum, die Menschen zum Mitmachen zu gewinnen:

Mit Engagement wirbt Ralf Volgmann in der SPD-Mitgliederversammlung für seine Themen. FOTO: SO

»Dazu müssen wir über neue Beteiligungsmodelle reden«, sagt der Kandidat.

Herausforderung Wohnraum

Als größte Herausforderung sieht er das Schaffen bezahlbaren Wohnraums. Er bedauert, dass es der Politik in den letzten Jahren nicht gelungen ist, da ein Projekt hinzubekommen. »Das stimmt mich traurig und gelegentlich sauer«, sagte Volgmann durchaus selbstkritisch. Und verspricht, das Thema anzupacken.

Volgmann war bereits im Oktober 2020 von der SPD ins Rennen geschickt worden. Die Nominierung musste jetzt wiederholt werden, um Rechtssicherheit zu haben, denn das Land hat das Wahlgesetz zum 1. April geändert, Dadurch haben sich Bewerbungs- und Nominierungsfristen verschoben.

Unterstützung erfährt Volgmann nicht nur durch seine Partei, die SPD. Auch die Grünen sprechen sich für ihn als den richtigen Mann auf dem Bürgermeister-Sessel aus.

Weitere Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl im September sind bisher Andreas Heuser (CDU) sowie Marc Nees und Philipp Nickel (beide unabhängig).